



Grundsatzpapier EVP Basel-Stadt 2020-2023

Inhalt

Unsere Werte – Basis unserer politischen Arbeit.....	2
Alterspolitik.....	3
Arbeit und soziale Sicherheit.....	5
Bildung und Schulen	7
Familien	9
Gemeinden	11
Gesundheit und Prävention	13
Integration	14
Kultur.....	16
Regionale Zusammenarbeit.....	17
Sicherheit	19
Staatsfinanzen	21
Stadtentwicklung – Raum- und Infrastrukturplanung – Wohnumfeld.....	23
Umwelt.....	24
Verkehr	26

Unsere Werte – Basis unserer politischen Arbeit

Die Vertreterinnen und Vertreter der EVP können sich dank ideologischer und wirtschaftlicher Ungebundenheit an übergeordneten Werten – den christlichen Werten – orientieren.

Die Förderung des Gemeinwohls, eigenverantwortliches Handeln, die Achtung der Menschenwürde und die Bewahrung der Schöpfung sind unsere zentralen Anliegen. Politische Anliegen überprüfen wir deshalb bezüglich ihrer Umweltverträglichkeit, ihrer sozialen Gerechtigkeit und ihrem Nutzen für die Allgemeinheit.

Dadurch verstehen wir uns auch als Partei der Mitte. Unsere Politiker und Politikerinnen wollen mit beiden Ohren hören, sind offen für linke und rechte Anliegen und sind bereit, Diskussionen wertschätzend und konstruktiv zu führen, bis tragfähige und vernünftige politische Entscheide gefällt werden können.

Alterspolitik

Unsere Bevölkerung ist im Lauf der letzten 100 Jahre immer älter geworden. Viele Bürgerinnen und Bürger werden ein sehr hohes Alter erreichen. Wie das Alter wahrgenommen wird, hängt von kulturellen, sozialen und individuellen Faktoren ab. Unterschieden werden können „höheres Erwachsenenalter“, „gesundes Rentenalter“, „eingeschränktes Rentenalter“ und „stark pflegebedürftige betagte Menschen“. Gemeinsames Anliegen ist es, solange wie möglich selbständig und selbstbestimmt leben zu können.

Flexible statt starrer Altersgrenze

Starre Alterslimiten sind unsinnig, sei dies in Bezug auf den Übergang in die Rente oder bei der Frage, bis wann man ein bestimmtes Amt ausüben darf. Stattdessen braucht es Massnahmen zur Förderung und Erhaltung der Selbständigkeit sowie die Entwicklung von Kompetenzen, die für die Einzelnen und die Gesellschaft einen Nutzen stiften. Dies ermöglicht flexible Lösungen, die nicht nur zu höherer Lebensqualität beitragen, sondern auch das Sozial- und Gesundheitssystem substanziell entlasten können. Verhindert werden muss auch eine Altersdiskriminierung.

Generationengerechte Infrastruktur

Von einer „age-friendly city“ (eine räumliche und soziale Umwelt, die der Gesundheit und der Teilhabe älterer Menschen förderlich ist) profitieren alle. Wir müssen Lebens- und Begegnungsräume schaffen, in denen sich alle Generationen wohlfühlen. Hier braucht es ein überdepartementales Konzept, das periodisch evaluiert werden muss.



Gemeinschaftsförderung zur Bekämpfung der Alterseinsamkeit

Die höhere Lebenserwartung in Verbindung mit dem Leben in den vier eigenen Wänden erhöht das Risiko der Alterseinsamkeit. Neben der Förderung neuer Modelle wie Generationen verbindenden Gemeinschaftshäusern und preisgünstigen Seniorenwohnungen mit Serviceangeboten braucht es einen Ausbau der aufsuchenden Altersarbeit und der ehrenamtlichen Besuchsdienste. Kirchen und Institutionen im Altersbereich, die sich in diesem Bereich engagieren, sollen durch Leistungsvereinbarungen gefördert werden.

Neue Ansätze in der Langzeitpflege

Die Ausrichtung der Langzeitpflege auf die simple Forderung „ambulant vor stationär“ hat ausgedient. Die Wünsche der pflegebedürftigen betagten Menschen lassen sich nicht in diese zwei Kategorien einpfirchen. Neue Wohnformen (betreutes Wohnen mit individuellen Hilfe- und Serviceleistungen, Wohngruppen in unterschiedlichen Formen) und teilstationäre Angebote werden immer wichtiger und müssen aktiv in die Versorgungs- und Finanzierungplanung aufgenommen werden.

Angehörige erbringen grosse Leistungen in der Betreuung und auch Grundpflege zu Hause. Sie sind bei ihrer grossen und anspruchsvollen Arbeit auch finanziell zu unterstützen.

Ethische Fragen am Ende des Lebens

Die Menschen möchten ihr Leben bis zum letzten Tag selbst bestimmen. Es ist zu gewährleisten, dass in den Pflegeheimen und auch durch öffentliche und private Spitex die Betagten professionell und wertschätzend gepflegt werden. Das Betreuungsteam bestehend aus Pflege und Hausarzt berät die Patienten und deren Familien zu Fragen der Behandlung und des Lebensendes. Durch die Patientenverfügung wird der Wille der Patientin/des Patienten erfasst und respektiert. Die Möglichkeiten der Palliative Care müssen ausgebaut und die notwendige Finanzierung gesichert werden.

Der Schutz des Lebens – auch im Alter – muss gewährleistet sein. Suizidhilfeorganisationen müssen streng kontrolliert und gewinnorientierte Organisationen verboten werden. Das Einhalten der Standesordnung der Schweizer Ärzteschaft (FMH) muss durchgesetzt werden.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Flexibilisierung starrer Altersgrenzen
- Gezielte Massnahmen zur Bekämpfung der Alterseinsamkeit
- Neue Ansätze in der Langzeitpflege
- Unterstützungsangebote für pflegende Angehörige
- Strikte und engfasste Richtlinien für die Suizidbeihilfe, Verbot des Sterbetourismus und gewinnorientierter Suizidbeihilfeorganisationen
- Ausbau der Palliative Care und Sicherung der Finanzierung

Arbeit und soziale Sicherheit

Einkommen, Eigentum und ein Arbeitsplatz sind Grundvoraussetzungen für die persönliche Entfaltung in Familie, Beruf und Freizeit. Erwerbslosigkeit bedeutet nicht nur materielle Einbusse, sondern oft auch einen Verlust des Selbstwertgefühls für die Betroffenen. Der Einstieg in die Arbeitswelt ist für viele Jugendliche sehr schwierig geworden. Auch der Wiedereinstieg nach einer längeren Arbeitslosigkeit stellt eine grosse Herausforderung dar.

Gute Rahmenbedingungen für die Wirtschaft – ja, aber neue Konzepte müssen gefunden werden

Der Kanton bietet gute Rahmenbedingungen für eine florierende Wirtschaft mit hoher Wertschöpfung. Diese gilt es zu erhalten und fortlaufend zu erneuern. So das Credo – auch unseres – der letzten 150 Jahre. Nur – Wirtschaftswachstum bedeutet immer auch wachsenden Stoffumsatz und wachsenden Verbrauch von natürlichen Ressourcen. Es muss mehr in die Förderung ressourcenschonender wirtschaftlicher Prozesse investiert werden.

Sozialhilfe – Hilfe zur Selbsthilfe

Die Sozialhilfe bildet das Netz für Menschen in materieller Not. Es sollen jedoch nicht nur Gelder auf unbestimmte Zeit vergeben werden, sondern es muss eine Wiedereingliederung in die Arbeitswelt angestrebt werden.

Ausbildungsplätze für Jugendliche sichern

Viele Jugendliche bekunden grosse Mühe, eine Lehrstelle zu erhalten. Die schulischen und manchmal auch die sozialen Defizite sind zu gross. Die bestehenden Angebote zur beruflichen Eingliederung müssen gestärkt und wo nötig ergänzt werden. Kein Jugendlicher, der arbeitswillig ist, darf ohne Ausbildungsplatz sein. Hier muss die Wirtschaft als Teil unserer Gesellschaft mithelfen, diese sozialen Probleme zu lösen. Allerdings müssen auch Jugendliche ihren Beitrag leisten, indem sie die gebotenen Ausbildungsmöglichkeiten annehmen.



Wiedereinstiegshilfen in den Arbeitsmarkt

Für Langzeitarbeitslose oder für Menschen, die wegen eines Unfalls oder einer Krankheit lange keine Arbeitsstelle hatten, aber auch für Mütter und Väter, die wegen der Kinderbetreuung dem Erwerbsleben einige Jahre ferngeblieben sind, ist der Wiedereinstieg in die Arbeitswelt ohne gezielte Hilfe von Dritten oft nicht möglich. Auch hier müssen vermehrt angepasste Arbeitsstellen angeboten und Reintegrationsprogramme gefördert und neu geschaffen werden. Die Abläufe des regionalen Arbeitsvermittlungszentrums sollen auf mögliche Optimierungen hin geprüft werden, insbesondere um die Motivierung der Arbeitslosen zu verstärken.

Arbeitsausbeutung bekämpfen

Ausbeutung hat viele Gesichter. Auch bei uns kommt sie vor. Es gibt viele Menschen, die in Abhängigkeit gehalten werden, um ihre Arbeitskraft auszubeuten – z.B. in Hauswirtschaft, privater Pflege, Gastronomie, Landwirtschaft, Sexgewerbe und Baugewerbe. Erkenntnisse über Art und Ausmass des Phänomens sind lückenhaft, dessen Existenz aber unbestritten. Eine bessere rechtliche Grundlage zur Verfolgung der Arbeitsausbeutung muss auf Ebene des Bundes angegangen werden. Kantonal können Anstrengungen im Bereich Prävention, Sensibilisierung, Information und Aufklärung unternommen werden. Die EVP setzt sich dafür ein, dass die breite Öffentlichkeit, Behörden und Institutionen, Wirtschaft und Arbeitgeber verstärkt und regelmässig informiert und sensibilisiert werden, dass Ausbeutung auch in Basel-Stadt geschieht und dieses gesamtgesellschaftliche Problem kriminell und nicht tolerierbar ist.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Förderung der Forschung zu neuen Wirtschaftsmodellen sowie ressourcenschonenden wirtschaftlichen Prozessen an der wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der Universität Basel
- Kompetente, speditive und gut koordinierte kantonale Ansprechpartner beim Kanton
- Ausbildungsplätze für alle arbeitswilligen Jugendlichen
- Wiedereinstieghilfen und Reintegrationsprogramme in den Arbeitsmarkt
- Information und Sensibilisierung über die Arbeitsausbeutung in der Schweiz und Massnahmen zur Bekämpfung der Ausbeutung

Bildung und Schulen

Bildung und Schule gehören zu den Grundaufgaben des Staates. Gute öffentliche Schulen und ein weiterführendes, durchgängiges Bildungssystem sind deshalb unabdingbar. Alle Investitionen in die Bildung sind auf dieses Ziel hin auszurichten.

Volksschulen: umfassende und begabungsorientierte Bildung für alle

Die Volksschulen sind Grundlage jeder weiteren Bildung. Sie bilden die Voraussetzung dafür, dass die Kinder und Jugendlichen eine optimale Ausgangsbasis für ihre weitere Ausbildung erhalten. Entscheidend für den Bildungsverlauf ist eine frühe Deutschförderung für fremdsprachige Kinder.

Primarstufe

Viele Klassen und die sie führenden Lehrpersonen sind durch das Modell der Integration überfordert. Neben bereits bestehenden Möglichkeiten, Kinder mit besonderen Bedürfnissen zu fördern und zu unterstützen, sollen Kleinklassen wieder eingeführt werden.

Tagesstrukturen sind an allen Schulstandorten anzubieten. Privat geführte Mittagstische können dieses Angebot ergänzen.

Sekundarstufe 1

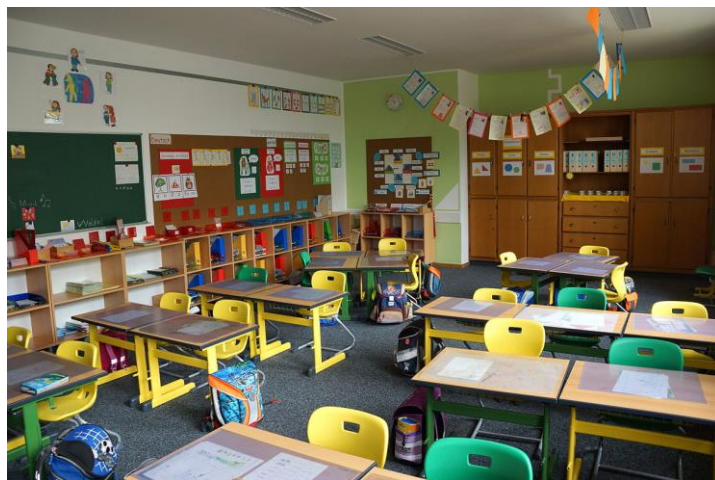
Die Sekundarschule hat zum Ziel, die Jugendlichen gezielt zu fördern und sie auf den Übergang in eine Berufslehre oder eine weiterführende Schule vorzubereiten. Insbesondere schulisch schwächere Jugendliche brauchen ein stabiles Umfeld, um via Berufslehre die erfolgreiche Integration ins Arbeitsleben zu schaffen.

Tagesstrukturen sind an allen Schulstandorten anzubieten. Privat geführte Mittagstische können dieses Angebot ergänzen.

Sekundarstufe 2

Berufsbildende (Berufslehre, WMS, IMS, Handelsschulen) und allgemeinbildende (FMS, Gymnasium) Ausbildungen sollen gleichwertig angeboten werden. Die individuellen Stärken der beiden Wege sollen genutzt sowie Jugendlichen und ihren Eltern gut verständlich vermittelt werden.

Der Tendenz zur Akademisierung muss Gegensteuer gegeben werden.



Religionsunterricht/Wertevermittlung auf christlicher Basis weiterführen

Die Volksschule hat auch die Aufgabe, Werte für ein erfolgreiches gesellschaftliches Zusammenleben zu vermitteln. Wegleitend sind für uns christliche Werte, welche die Würde des Menschen begründen und sich auf das Evangelium abstützen. Die christliche Tradition Basels soll erhalten bleiben. Von kirchlicher Seite verantworteter Religionsunterricht an den Schulen kann diese Kultur (in aller Offenheit zu anderen Religionen) am besten vermitteln.

Fachhochschule/Universität: überregional koordinieren

Die Fachhochschulen sind richtigerweise regional abgestützt und bieten einen praxisbezogenen Unterricht an. Mit dem Ausbau der Biotechnologie entstehen sinnvolle Partnerschaften mit der Industrie. Daneben soll die Universität Basel gemäss ihrer humanistischen Tradition auch Fächer der Geisteswissenschaften anbieten sowie mit der Theologischen Fakultät einen christlich-ethischen Gegenpol setzen. Das Angebot ist mit den anderen Schweizer Universitäten abzustimmen.

Bildung hört nie auf

Die Entwicklungen auf gesellschaftlicher und kultureller Ebene und auf der Ebene des Wissens gehen immer schneller voran. Deshalb ist auch der Weiter- und Fortbildung besondere Aufmerksamkeit zu widmen. Das verstärkte Engagement des Kantons beim Berufsabschluss für Erwachsene wird von der EVP ebenso begrüsst wie weitere Fördermassnahmen und eine gute Koordination.

Dafür setzt sich die EVP ein für

- eine frühe Deutschförderung für fremdsprachige Kinder
- einen klar auf den Unterricht fokussierten Aufgabenbereich und eine praxisnahe Ausbildung der Lehrpersonen
- eine gezielte Unterstützung der Jugendlichen für den Einstieg ins Berufsleben
- eine gut verständliche Vermittlung der Bildungswege mit einem Schwerpunkt auf das duale Berufsbildungssystem
- eine Wertevermittlung auf der Grundlage des christlichen Glaubens und Erhalt des Religionsunterrichts
- überregional koordinierte (Fach-)Hochschulangebote
- den Erhalt eines breiten Angebots an der Universität, inklusive Theologischer Fakultät
- ein gut zugängliches System zum Berufsabschluss für Erwachsene

Familien

Die Familie ist das wichtigste soziale Netzwerk in unserer Gesellschaft. Sie vermittelt Werte von einer Generation an die nächste und ist in Krisensituationen ein Auffangnetz. Die Leistungen der Familie für die Gesellschaft sind immens. Eine gute Familienpolitik hat zum Ziel, den umfassenden Beitrag der Familien für unsere Gesellschaft anzuerkennen, sie zu unterstützen und zu fördern. Alle Menschen sollen die Chance haben, ihr Leben so zu gestalten, dass die Entwicklung der Persönlichkeit und die Möglichkeit zum Teilhaben am gesellschaftlichen Leben optimal vorhanden sind. Die Gleichwertigkeit verschiedener Familien- und Kinderbetreuungsmodelle ist zu fördern.

Basel als attraktiven Wohnort für Familien fördern

Basel-Stadt gilt als sozialer Kanton mit einem grossen Kulturangebot. Oft beginnt eine Familie ihr Leben in der Stadt, aber mit der Geburt von Kindern werden die Wohnverhältnisse oft eng. Einige Familien ziehen daraufhin aufs Land, weil dort günstiger Wohnraum zu finden ist. Deshalb wünschen wir uns grosszügigen, bezahlbaren und kinderfreundlichen Wohnraum für Familien, damit sie in der Stadt bleiben können.

Für einen attraktiven Wohnort soll der Kanton die Stadt Basel sichere Schulwege fördern. Diese müssen regelmässig bezüglich Verkehrssicherheit überprüft und entsprechende Anpassungen müssen vorgenommen werden.

Betreuungsangebote wie Kindertagesstätten, Mittagstische und Tagesstrukturplätze sind bereits nahezu flächendeckend vorhanden und ermöglichen Familien, einer Erwerbstätigkeit nachzugehen, wenn sie dies wünschen. Dieses Angebot soll unbedingt sichergestellt und weiter ausgebaut werden. Wartezeiten für Tagesstrukturplätze dürfen maximal drei Monate betragen. Wir setzen uns ein für die Option einer niederprozentigen Belegung und kurzfristigen Betreuung bei Krankheit oder während den Schulferien.



Stärkung der Familie, Vereinbarkeit von Familie und Arbeit

Die EVP steht auf allen Ebenen für die Unterstützung der Familien ein. Konkret heisst das: Die Familie muss privilegiert und geschützt werden. Entwicklungspsychologische Studien haben gezeigt, dass für eine gute Entwicklung des Kindes eine möglichst konstante Bezugsperson zur Seite stehen muss, insbesondere im Alter von 0-3 Jahren. Der Wert unbezahlter Erziehungsarbeit ist stärker anzuerkennen. Zudem sollte die Option einer konstanten externen Betreuung durch «Nannys» verfügbar sein. Durch die Einführung von Betreuungsgutscheinen, deren Höhe dem Einkommen angepasst festzulegen ist, kann diesen Erziehungsformen Rechnung getragen werden. Eine qualitativ hochstehende, bezahlbare Tagesbetreuung für Kinder aller Altersstufen ist jenen Eltern zu ermöglichen, welche dies wünschen. Für Familien, vor allem auch für Einelternfamilien, sind strukturelle und materielle Hilfen und bezahlbare Fremdbetreuungsmöglichkeiten anzubieten.

Viele Eltern sind unsicher im Umgang mit ihren Kindern. Sie wünschen das Beste für ihre Kinder, aber fühlen sich gleichzeitig überfordert. Elternberatung ist ein wichtiges Angebot, das weitergeführt werden soll.

Familienfreundliche Arbeitsbedingungen

Flexible Arbeitsformen wie Teilzeitarbeit, Jobsharing, Home-Office oder Coworking-Space mit Tagesbetreuung sind zu fördern. Besonders für Männer ist es noch schwierig, Arbeitsstellen zu finden, bei denen flexible Arbeitsformen möglich sind. Oft kommt es mit der Gründung einer Familie zu den klassischen Rollenmodellen mit einem Hauptverdienenden und einem Nebenerwerbenden. Meistens bedeutet dies ein Karriereabbruch für die im Nebenverdienst arbeitende Person. Generell ist der berufliche Wiedereinstieg von Müttern und Vätern nach einer Babypause zu unterstützen. Der Kanton muss eine Vorbildrolle wahrnehmen, damit flexible Arbeitsmodelle für Mütter und Väter ermöglicht werden. Wichtig wäre die Einführung von Elternzeit für beide Elternteile. Die Begleitung der ersten Tage eines Kindes im Kreis der Familie fördert die Familie als Einheit. Als Signal an private Arbeitgeber sollte darum eine Elternzeit für die Angestellten des Kantons eingeführt werden.

Gemeinsame Ruhezeiten sind für Familien und die Gesellschaft wichtig, deshalb muss der Sonntag als Ruhe- und Feiertag erhalten bleiben.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Basel als attraktiven Wohnraum für Familien gestalten
- Wertschätzung und Schutz der Familie als gesellschaftlich prägende Lebensform
- Anerkennung der Familienarbeit als Arbeit
- Gleichwertige Behandlung verschiedener Betreuungsmodelle
- Vorbildfunktion des Staates bezüglich flexibler, familienfreundlicher Arbeitsformen
- Einführung von Elternzeit
- Bereitstellung von qualitativ hochstehender und bezahlbarer externer Betreuung von Kindern (inkl. Ferien, Krankheitsbetreuung)
- Beratung und Unterstützung der Familien in Erziehungsfragen
- Beibehaltung des Sonntags als gemeinsame Ruhezeit

Gemeinden

Basel-Stadt ist als Staatswesen ein Sonderfall. Die Kantonsregierung ist gleichzeitig Stadtregierung und das Kantonsparlament ist gleichzeitig städtischer Einwohnerrat. Wer von der Stadt redet, meint den Kanton – und umgekehrt. Es wundert deshalb nicht, dass sich bei dieser Konstellation die beiden Gemeinden, mit etwas mehr als 10 % der Kantonsbevölkerung, manchmal übergangen fühlen. Für die Gemeinde Riehen steht die EVP in einer besonderen Verantwortung. Sie prägt dort seit 50 Jahren massgeblich die auf Nachhaltigkeit angelegte Entwicklung sowie das politische Klima des grossen grünen Dorfes.

Gestaltungsspielraum gewähren

Jede Aufgabe, welche lokal erfüllt werden kann, fällt grundsätzlich in die Verantwortung der Gemeinde. Der den Gemeinden zustehende Gestaltungsspielraum darf nicht durch kantonale Eingriffe geschmälert werden. In Basel-Stadt ist sehr vieles kantonal geregelt, viel mehr als in anderen Kantonen. Die Aufsicht des Kantons hat sich auf die Rechtskontrolle zu beschränken. Ermessensentscheide in kommunalen Angelegenheiten sind Sache der Gemeinden. Dies gilt insbesondere für die Ortsplanung, aber auch für das Verkehrsregime. Die Gemeinden sollen verbindlich darüber entscheiden, wo sie die Grenzen des Wachstums ziehen wollen. Der Kanton darf seine doppelte Rolle als grosser Landbesitzer und gleichzeitige Bewilligungsinstanz nicht missbrauchen.

Aufgaben übertragen

Die Gemeinden Riehen und Bettingen haben bewiesen, dass sie in der Lage sind, übertragene Aufgaben effizient, kostengünstig und bürgernah zu erfüllen, ähnlich einer typisch schweizerischen Gemeinde in einem anderen Kanton. Die Sozialhilfe, die Kindergärten, die Volksschulen und die Orts- und Verkehrsplanung werden bestens durch die Gemeinden geführt. Kurze Kommunikationswege und ein direkter Bezug zu den «Kunden» verbessern die Qualität der Dienstleistungen. Auch der Unterhalt der Kantonsstrassen auf Gemeindegebiet wird bestens durch die Gemeinden besorgt und vermeidet teure Doppelspurigkeiten. Auch das Zivilstandswesen ist mittelfristig auf die Gemeinden zu übertragen.



Leistungen anerkennen und sichtbar machen

Die Gemeinden haben den Kanton Schritt für Schritt von kostenträchtigen Aufgaben entlastet. Mit dem Finanzausgleich wird der Kanton erheblich entlastet, was in keiner Statistik erscheint und im kantonalen Finanzhaushalt versickert. Der Kanton sollte sich um die Abgeltung zentralörtlicher Leistungen auch bei ausserkantonalen Gemeinden bemühen, wie es sein Versprechen war. Die bereits erfolgte Verschiebung von Aufgaben und Lasten seit den letzten Verhandlungen zum Finanz- und Lastenausgleich sind bei der nächsten Austeriarung zu berücksichtigen.

Faire Zusammenarbeit zum Wohl aller

In der Kantonsverfassung steht «Der Kanton berücksichtigt die Bedeutung steuerlich attraktiver Wohngemeinden für den Kanton». Was das konkret bedeutet, ist interpretier- und verhandelbar. Dabei sind Solidarität von Seiten der Gemeinden – was diese bereits hinlänglich bewiesen haben – und Fairness von Seiten des Kantons gefragt. Entscheide sollen nicht aufgrund der Größenverhältnisse gefällt werden, sondern im konstruktiven Dialog. Der Kanton ist durch eine gute Mischung von Einkommens- und Unternehmenssteuern gut abgesichert, während die Gemeinden sich vorwiegend über Einkommenssteuern finanzieren.

Sicherheit

Aufgrund der Grenzlage der Gemeinden ist die Präsenz der Kantonspolizei während 24 Stunden am Tag und 365 Tagen im Jahr ein Muss. Neben Patrouillen ist ein permanent besetzter Polizeiposten ein wichtiger Bestandteil zum Schutz der Bevölkerung.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Der Handlungsspielraum der Gemeinden muss beibehalten und ausgebaut werden.
- Abgeltung und Leistungen der Gemeinden sollen ähnlich sein wie jene vergleichbarer Agglomerationsgemeinden in der Region Basel.
- Die Kompetenz zur Zonenplanung steht den Gemeinden zu und darf nicht durch die Interessen des Kantons als Grossgrundbesitzer unterlaufen werden.
- Faire Austarierung des Finanz- und Lastenausgleichs-Gesetzes (FiLaG).
- Steuerkompetenz über den Steuerfuss hinaus.

Gesundheit und Prävention

Aus christlicher Sicht wird deutlich: Wert und Würde der Patientinnen und Patienten sind unantastbar und müssen gewährleistet und geschützt werden. Unser Gesundheitswesen weist im internationalen Vergleich einen hohen Qualitätsstandard auf. Alle Bevölkerungskreise finden einfachen Zugang zu den medizinischen Leistungen. Diese sehr gute Versorgung ist aber teuer und stösst an Finanzierungsgrenzen. Prävention ist günstiger als heilen.

Integrierte Versorgung

Es braucht eine gute und verlässliche Zusammenarbeit der ambulanten und stationären Leistungserbringer in Netzwerken (integrierte Versorgung). Für die Koordination der Haus- und Spezialärzte, Spitex-Betriebe, Spitäler und Pflegeheime müssen die erforderlichen Strukturen geschaffen werden. Die kantonale Umsetzung der nationalen eHealth-Strategie ist eine wichtige Voraussetzung für gut funktionierende Versorgungsnetze. So können die Leistungen für die einzelnen Patienten besser koordiniert, effektiver und effizienter erbracht werden. Die Netzwerke sind so auszurichten, dass vor allem auch die (chronisch) kranken und betagten Menschen angesprochen werden.

Gesundheitsplanung für die ganze Region

Trotz der Ablehnung eines gemeinsamen Universitätsspitals ist eine Planung über die Kantonsgrenzen hinweg unerlässlich. Spezialitäten sind nur an einem Ort zu erbringen – dort, wo die notwendige Anzahl der Behandlungen eine gute Qualität ermöglicht. In Basel-Stadt ist die akute Gesamtversorgung in enger Zusammenarbeit mit den Privatspitälern und den andern öffentlichen Spezialkliniken (UKBB, UPK und Felix Platter-Spital) sicherzustellen.

Stärkung der Ausbildung in den Gesundheitsberufen

Eine gute medizinische Versorgung erfordert genügend gut ausgebildetes Personal. Nahezu in allen Bereichen der medizinischen und pflegerischen Berufe bestehen Engpässe. Aufgrund der demografischen Entwicklung wird der Bedarf an medizinischem und pflegerischem Personal noch steigen. Es gilt, alle Ansätze zu fördern, die einerseits die Ausbildung in diesen Bereichen fördern und andererseits durch attraktive Arbeitsbedingungen dem Verbleib der Mitarbeitenden im Gesundheitswesen dienen.

Das Gesunde stärken

Gesundheitspolitik muss sich nicht nur um das Heilen kümmern, sondern auch das Gesunde fördern und stärken. Die Gesundheitskompetenzförderung ist auszubauen und die Eigenverantwortung zu stärken. Dazu befürworten wir auch die Unterstützung aller Sportvereine im Bereich des Breitensportes, die nicht nur präventiv, sondern auch integrativ wirken. Gegen die Bewegungsarmut und die einseitige Ernährung sind entsprechende Programme zu entwickeln und durchzuführen.

Jugendschutz und neue Süchte

Der Schutz von Kindern und Jugendlichen vor schädlichen Suchtmitteln wie Alkohol, Tabak (inkl. E-Zigaretten) und Designerdrogen ist notfalls auch mit repressiven Massnahmen sicherzustellen. Testkäufe kombiniert mit strafrechtlichen Massnahmen sollen endlich als Mittel zur Bekämpfung des Jugendalkoholismus erlaubt werden. Neue, nicht substanzgebundene Süchte wie Internet- oder Spielsucht müssen sichtbar gemacht und aktiv bekämpft werden.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Integrierte Versorgungsmodelle
- Flächendeckende Umsetzung der kantonalen eHealth-Strategie
- Regionale Spitalplanung unter Einbezug der Privatspitäler
- Die Attraktivität der Gesundheitsberufe ist zu erhöhen; es sind genügend Ausbildungsplätze und Studienplätze für Medizin anzubieten
- Programme gegen die Bewegungsarmut und für gesunde Ernährung
- Verbot des Verkaufs von Tabakwaren, E-Zigaretten und Alkohol an Jugendliche durchsetzen

Integration

Die Förderung der Integration unserer ausländischen Mitbevölkerung ist nach wie vor ein wichtiges Anliegen. Krisen, v.a. in Kriegsgebieten, bringen viele Menschen in Bewegung, die ihr Glück in Europa, auch in der Schweiz suchen wollen. Aber auch Fachkräfte aus vielen verschiedenen Ländern kommen in unseren Kanton. Von allen Zugezogenen fordern wir die Bemühung um Integration, in erster Linie in sprachlicher Hinsicht und in der Achtung unserer Werte und Gesetze.

Begegnung der Kulturen durch eine gemeinsame Sprache

Die EVP bringt allen Menschen unabhängig von Herkunft, Kultur und Religion Respekt entgegen. Das Zusammentreffen verschiedener Kulturen und Religionen kann auch eine Bereicherung für uns sein. In den Quartieren ist eine Durchmischung der Bevölkerung wünschenswert. Deshalb wollen wir Orte der Begegnung schaffen. Die Willkommensanlässe sollen weiterhin Gelegenheit sein, sich z.B. als Vereine Neuzugezogenen zu präsentieren und ihnen so zu zeigen, wie viele Türen für das Einleben offenstehen.

Wichtig für eine Begegnung der Kulturen ist eine gemeinsame Sprache. Alle fremdsprachigen Erwachsenen – egal ob Geflüchtete oder Expats – müssen möglichst bald Deutsch lernen, und zwar analog zur Schule die Standardsprache. Speziell den Familienfrauen soll der Sprachkursbesuch erleichtert werden. Integrationsvereinbarungen müssen rechtzeitig getroffen und ihre Umsetzung muss konsequent überwacht werden.

Die EVP ist gegen die Einführung eines Ausländerstimmrechts. Sie setzt sich für andere Mitwirkungsformen ein (Migrationsrat, Mitwirkung bei Quartierentwicklungsprozessen u.ä.). Die Einbürgerung soll jedochentschieden vereinfacht und erleichtert werden.

Kirchen und andere Religionsgemeinschaften leisten einen wesentlichen Beitrag zur Integration von Migranten und Migrantinnen. Diese Bemühungen sollen als gemeinwirtschaftliche Leistungen gefördert werden.

Einheimische in Quartieren mit hohem Migrantanteil

Durchmischung fördert die Integration. Deshalb sollen nicht nur Ausländerinnen und Ausländer Förderung und Hilfestellung erfahren, sondern auch die Schweizerinnen und Schweizer in den von Ausländern geprägten Quartieren. Für deutschsprachige Schülerinnen und Schüler sollen spezielle Angebote bereitgestellt werden.



Stärkung der einheimischen Wertekultur

Neben der Begegnung der Kulturen ist die Stärkung der einheimischen Wertekultur wichtig. Unser Rechtssystem basiert auf der jüdisch-christlichen Tradition. Wir fordern von Migrantinnen und Migranten, dass sie die Grundsätze unseres Zusammenlebens mittragen. Auch befürworten wir die Erhaltung von christlich geprägtem Religionsunterricht an den Volksschulen.

Flüchtlingen eine würdige Aufnahme bereiten

Europa ist das Ziel vieler Menschen, die in ihrer Heimat durch Terrorismus und Krieg bedroht sind. Unserer humanitären Tradition gemäss soll sich auch die Schweiz an deren Aufnahme beteiligen. Auch in unserem Kanton sollen Massnahmen zur Integration zügig ergriffen werden.

Regeln für Angehörige anderer Religionen

Die Glaubensfreiheit aller Menschen ist zu gewährleisten. Allerdings ist sicherzustellen, dass sich Vertreterinnen und Vertreter anderer Religionen an die Regeln unserer Gesellschafts- und Verfassungsordnung halten. Die Bevölkerung soll sensibilisiert werden, um Anzeichen für Unterdrückung, Zwangsehen u.ä. zu erkennen und zu wissen, an welche Stellen sie sich in solchen Fällen wenden kann.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Unterstützung beim Spracherwerb
- Hilfestellung für verbleibende Schweizer in von Ausländern geprägten Quartieren
- Stärkung der einheimischen Wertekultur
- Würdige Aufnahme von Flüchtlingen
- Sicherstellen, dass sich Angehörige anderer Religionen und Kulturen an die Regeln unserer Verfassung und Gesellschaftsordnung halten

Kultur

Kultur ist ein wesentlicher Bestandteil der Attraktivität unseres Stadtkantons. Sie aktiviert unsere Sinne und unser Denken und vermittelt Anstösse zur Gestaltung des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Kultur umfasst das ganze Spektrum der künstlerischen und gestalterischen Aktivitäten wie Theater, Musik, Tanz, Literatur, Film sowie die Erhaltung und Vermittlung des kulturellen, auch des christlichen Kulturerbes.

Kulturförderung ist Staatsaufgabe

Es gehört zu den Aufgaben des Service public, dass in einigen wenigen Bereichen eine substanzielle und längerfristige Unterstützung von kulturellen Aufgaben geschieht. Theater, Orchester, Museen, subventionierter Musikunterricht für Kinder und die Stadtbibliotheken, die Erhaltung der Stadt durch Denkmalpflege und archäologische Bodenforschung sind die Hauptbereiche finanzieller Kulturunterstützung. Basel ist aber auch geprägt von einer christlichen Kultur. Diese gilt es zu erhalten. Der Unterhalt der historischen, unter Denkmalschutz stehenden Kirchen ist durch den Kanton zu finanzieren.

Kultur ist auch Standortmarketing

Stadt und Region Basel bergen grosse kulturelle Schätze aus der Geschichte und der heutigen Kulturszene. Sie sind Aktiven für unser Standortmarketing. Es muss darauf geachtet werden, dass neben «Leuchttürmen» auch das gesamte kulturelle Spektrum bekannt gemacht wird, wie Jugendkultur, Film und aktuelle darstellende Kunst. Basel gibt im interkantonalen Vergleich sehr viel aus für ein attraktives kulturelles Leben. Dieses beeinflusst aber die Standortqualität positiv.

Private Initiativen als wichtige Ergänzung

Auch staatlich finanzierte Betriebe müssen vermehrt Sonderprojekte durch Sponsoren finanzieren. Ohne das stark verankerte Mäzenatentum wäre die Kulturstadt Basel nicht denkbar. Bei privaten Anschubfinanzierungen soll von Anfang an definiert werden, wie lange ein Finanzbeitrag gewährt wird, damit später nicht der Staatshaushalt unerwartet hohe Strukturkosten zu tragen hat, wie etwa beim Schauspielhaus.

Wer bezahlt, soll auch profitieren

Im Sinne einer Richtlinie sollen höchstens 5 % des Budgets Basel-Stadt für Kulturpolitik ausgegeben werden.

Da die Stadt Basel Zentrumsfunktion erfüllt, müssen prioritär auch die umliegenden Gemeinden und Kantone in eine regionale Kulturpolitik und deren Finanzierung einbezogen werden. Es kann nicht sein, dass die einen bezahlen, während die andern nur profitieren. Die Bevölkerung von Basel-Stadt soll für die staatliche Unterstützung belohnt werden, bestehende Gratisangebote wie Happy Hour in Museen, sollen beibehalten und eine moderate Ausweitung solcher Angebote soll geprüft werden.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Erhalten des qualitativ hochstehenden Angebots in den Bereichen Theater, Orchester, Kaserne, Museen, Bibliotheken, Musikschule
- Auch kleinere Anbieter aus allen Sparten und Stilen und vor allem die Jugendkultur sollen unterstützt werden
- Bei der Vergabe von Geldern soll das Interesse des Publikums am Angebot mit einbezogen werden
- Die finanzielle Kooperation in der Region und die Zusammenarbeit mit Privaten sollen weiter gepflegt und ausgebaut werden
- Die Bevölkerung von Basel-Stadt soll für den Einsatz ihrer Steuergelder belohnt werden, etwa mit Grattiseintritten für das Theater Basel

Regionale Zusammenarbeit

Der Kanton Basel-Stadt und die Stadt Basel befinden sich in einem regionalen Raum, der eine Metropolitanregion mit über einer halben Million Einwohnern darstellt. Dieser trinationale Raum muss in den verschiedensten Bereichen im Sinne der Kooperation und der Fokussierung wahrgenommen werden. Ziel muss es sein zu erkennen, was regional getan werden kann, was gemeinsam oder in gegenseitiger Kenntnis zu tun ist und auf was verzichtet werden kann, weil es beim Nachbarn ebenso gut angeboten wird.

Ein Kanton – eine Utopie?

Im Vordergrund steht der weitere Ausbau der Zusammenarbeit mit unserem Nachbarkanton Basel-Landschaft, auch nach der Ablehnung eines gemeinsamen Kantons. In solch schwierigen Situationen muss die Zusammenarbeit tiefer gehen als bei einer normalen Partnerschaft. Die beiden Basel sind nicht nur zwei Vertragspartner, sie sind eine Schicksalsgemeinschaft. Im Vorfeld der Abstimmung zur Fusionsinitiative wurde betont, dass eine enge Zusammenarbeit sehr erwünscht ist – dies gilt es nun umzusetzen. Ergänzend dazu ist aber auch die enge und partnerschaftliche Zusammenarbeit mit den anderen Nordwestschweizer Kantonen und den Gebietskörperschaften im benachbarten Deutschland und Frankreich zu suchen.

Gesundheit: sinnvolle Planung

Lokal ist die Grundversorgung für alle zu gewährleisten. Es muss aber nach einer Standortplanung und Konzentration gesucht werden, die es ermöglicht, hoch spezialisierte und deshalb auch kostenintensive Einrichtungen gemeinsam zu nutzen. Die Freizügigkeit über die Kantons Grenzen hinaus muss gewährleistet sein.

Bildung: regional harmonisiert

Volksschulbildung bleibt lokal, soll aber weitgehend regional harmonisiert werden. Weiterführende und höhere Bildung soll vermehrt überregional, wenn möglich auch über die Landesgrenzen hinweg angestrebt werden, um entsprechende Synergien und die Ausbildungsqualität zu fördern und Kosten zu sparen.

Wirtschaft: Entwicklung über die Landesgrenzen

Für die ganze Metropolitanregion ist eine Raumplanung zu erstellen, in der sinnvolle Gewerbe- und Industriezonen, Wohn- und Erholungszonen sowie Entwicklungsgebiete festgelegt werden.



Verkehr und Umwelt: vernetzen

Öffentlicher Verkehr und privater Verkehr ergänzen sich und sollen so geplant, gefördert und aufeinander abgestimmt werden, dass die Verteilung des Transportaufkommens auf die verschiedenen Verkehrsträger der ganzen Region verbessert werden kann. Ziel muss es sein, die verschiedenen Verkehrsträger sachgerecht miteinander zu vernetzen. Umweltverschmutzung und Umwelterhaltung machen an keinen Grenzen Halt. Es ist deshalb grenzüberschreitend zu planen und zu handeln.

Sicherheit: bessere Koordination

Menschen in der ganzen Metropolitanregion haben die gleichen Sicherheitsbedürfnisse. Diese müssen deshalb auch gemeinsam wahrgenommen werden. Dazu müssen Rettungs- und Sicherheitskonzepte aufeinander abgestimmt, die entsprechenden Massnahmen koordiniert und auch eingeübt werden.

Kultur: einander befruchten

Wir leben in einer mehrsprachigen Kulturregion, die eine lange Geschichte der gegenseitigen Beeinflussung und Befruchtung kennt. Die Region am Oberrhein soll diese Beziehungen wieder besser wahrnehmen und den kulturellen Austausch pflegen. Die Sprache des Nachbarn zu sprechen ist ein zentraler Beitrag dazu.

Demokratische Strukturen: entwickeln

Um all diese und noch andere Aufgaben in Zukunft wahrzunehmen, müssen Formen der demokratisch legitimierten grenzüberschreitenden Zusammenarbeit gefunden werden. Die heutigen Gefässe wie der Trinationale Eurodistrikt Basel etc. sind weitgehend wirkungslos.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Für eine weitgehende Harmonisierung und Zusammenarbeit in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Verkehr und Umwelt sowie Sicherheit auch über die Landesgrenzen hinaus
- Stärkung partnerschaftlicher und nachhaltiger Geschäfte mit dem Kanton Basel-Landschaft
- Wirksame Strukturen der Zusammenarbeit mit guter demokratischer Legitimation

Sicherheit

Sicherheit ist ein Grundbedürfnis der Bürgerinnen und Bürger. Deshalb fordert die EVP, dass die Behörden die recht hohe Sicherheit aufrechterhalten und einer schleichenden Verwahrlosung des öffentlichen Raums, welche die Kriminalität begünstigt, rigoros den Kampf ansagen. Die EVP verlangt, dass schon die Anfänge von Gewalt und Kriminalität, z.B. an Schulen oder an Sportveranstaltungen wirksam unterbunden und die Täter zur Rechenschaft gezogen werden.

Eine gut ausgebildete Polizei greift am richtigen Ort ein

Wir wollen eine Gesellschaft, in der es nicht nötig ist, im öffentlichen Raum Angst zu haben und in hochgesicherten Häusern zu wohnen. Die Polizei soll die Menschen und die Problemfelder des Kantons kennen und auch vor Ort präsent sein – nicht nur im Streifenwagen, sondern auch auf dem Velo und zu Fuss. Sie soll rasch eingreifen und helfen können, gerade auch dort, wo die Gefahr der Ghettoisierung und der Entstehung von rechtsfreien Räumen besteht.

Terrorprävention mit Augenmass

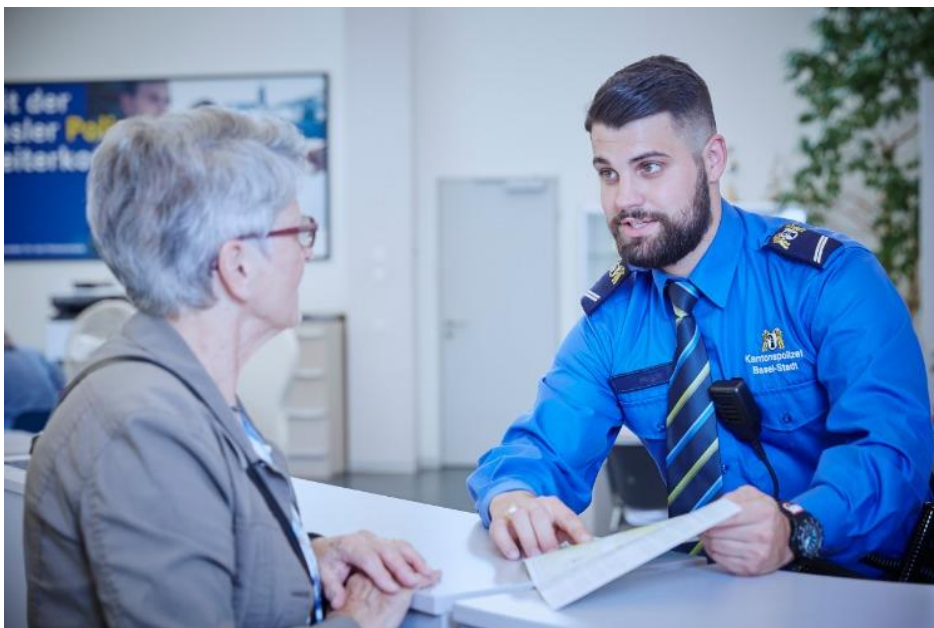
Vor Bedrohung durch Terrorismus dürfen die Augen nicht verschlossen werden. Panik ist jedoch nicht angesagt. Das Gut unserer Freiheitsrechte wollen wir nicht leichtfertig über Bord werfen. Darum sind Sicherheitsmassnahmen mit Augenmass zu treffen.

Nachbarschaftsnetze verbessern die Sicherheit

Sicherheit verbessert sich, wenn die Menschen nicht anonym wohnen. Sie beginnt beim Hallo-Sagen und geht bis zum «Hüten» von Haus und Wohnung während den Ferien. Die Politik soll die Bildung von Nachbarschaftsnetzen fördern, z.B. bei raumplanerischen Entscheiden oder durch Beratung zur Bildung von Nachbarschaftsnetzen.

Mehr Hilfe für die Opfer statt zu viel Geld für die Täter

Strafvollzug soll abschrecken. Es ist zwar richtig, dass auch im Strafvollzug individuell die Stärken gefördert werden, damit jeder Täter eine zweite Chance erhält. Strafvollzug ist aber teuer. Günstiger sind die Prävention und der Schutz gefährdeter Personen. Verdeckte Ermittlungen und Fahndungen fördern eine wirksame Verbrechensbekämpfung. Opfer von Straftaten müssen angemessen geschützt und unterstützt werden.



Das Übel an der Wurzel fassen mit Gewaltprävention und Zivilcourage

«Halt Gewalt!» muss mit der Prävention beginnen, bei der Jugend und in der Familie, aber auch im Sportbereich. Bei Gewalt nicht wegsehen, sondern reagieren. Wir wollen couragierte Mitbürgerinnen und Mitbürger. Die Polizei soll auch die Couragierten schützen. Lieber einmal zu viel als einmal zu wenig eine Polizeipatrouille rufen.

Littering – nicht wegschauen

Der öffentliche Raum ist keine Spielwiese, wo man tun und lassen kann, was man will. Littering soll mit verstärkter Polizeipräsenz, Bussen und dem Einbezug des Detailhandels bekämpft werden. Beim Littern Er-tappte sollen als Konsequenz einen Einsatz bei der Stadtreinigung oder an andern Einsatzorten leisten.

Stopp dem Menschenhandel

Es darf kein Auge zugeedrückt werden, wenn Menschen, meist Frauen, in unser Land gebracht und zur Prostitution gezwungen werden. Zudem sind Frauen, welche als Opfer vor Gericht aussagen, wirksam vor Angriffen durch die Menschenhändler zu schützen. Prostituierten soll mit Beratung, Ausbildung und Arbeitsvermittlung der Ausstieg aus der Prostitution erleichtert werden. Auch die Ausbeutung von Menschen als Arbeitskräfte muss proaktiv aufgedeckt und bestraft werden.

Internetkriminalität aktiv bekämpfen

Fälle von Internetkriminalität nehmen rasant zu. Um diese erfolgreich zu bekämpfen, muss die Kriminalpolizei aufgestockt und entsprechend weitergebildet werden. Zudem muss die Bevölkerung zu diesem Thema aufgeklärt und sensibilisiert werden.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Eine gut ausgebildete und gut ausgerüstete Polizei, die am richtigen Ort präsent ist
- Freiheitsrechte trotz Terrorbedrohung schützen
- Mehr Hilfe für die Opfer statt zu viele Gelder für die Kriminellen
- «Halt Gewalt!» – auch in Familie, Schule und Freizeit
- Massnahmen gegen Littering mit Einbezug der Täterschaft
- Wirksamer Kampf gegen den Menschenhandel
- Eine effiziente Bekämpfung der Internetkriminalität

Staatsfinanzen

Der Basler Kompromiss zur Steuervorlage 17 wurde mit fast 80 % angenommen. So konnten im Rahmen der STAF (Steuerreform und AHV-Finanzierung) für Familien, natürliche Personen und KMUs die Steuern moderat und doch spürbar gesenkt und die Familienzulagen erhöht werden. Damit sind wesentliche Anliegen der EVP erfüllt. Weitere mit der Bundesreform verknüpfte Elemente traten per 1. Januar 2020 in Kraft, die Steuersätze für international tätige Firmen bleiben konkurrenzfähig.

Nach wie vor ist es auch für Familien attraktiv, in Basel zu wohnen. Die hohen und dauernd steigenden Krankenkassenprämien zusammen mit steigenden Wohnungsmieten stellen allerdings viele Familien vor finanzielle Probleme. Durch die Ausdehnung der Krankenkassenverbilligungen kann teilweise Abhilfe geschaffen werden. Die hohen Mieten sollen durch die Mietinitiativen bekämpft werden.

Abzug der Kirchensteuer vom steuerbaren Einkommen

Die finanziellen Aussichten der öffentlich-rechtlich anerkannten Religionsgemeinschaften sind schlecht. Zudem sind sie mit kirchenfremden Aufgaben wie Stadtbildpflege durch den Unterhalt der markanten Kirchengebäude belastet. Die EVP tritt deshalb dafür ein, die Kirchensteuer vom steuerbaren Einkommen abziehen zu können.

Steuerharmonisierung

Der Kanton Basel-Stadt soll sich auf Bundesebene dafür einsetzen, dass die Steuerunterschiede zwischen den Kantonen in einem Band von rund 20 % harmonisiert werden, damit ein schädliches Ausmass des Steuerwettbewerbs unter den Kantonen verhindert werden kann. Diese Forderung ist besonders im Hinblick auf die Unternehmenssteuerreform III aktuell.

Gemeinsam statt Einzellösungen: Finanzausgleich mit dem Partnerkanton Basel-Landschaft

Der Kanton Basel-Landschaft will seine Beiträge zu Kultur und Universität reduzieren. Hier sieht die EVP die Lösung in flexiblen Verträgen, welche neben der Bevölkerungszahl die aktuelle wirtschaftliche Leistungsfähigkeit beider Kantone berücksichtigen. In Zukunft sollten vermehrt Aufgaben gemeinsam erfüllt werden. Leider wurde die Spitalfusion im Kanton Basel-Stadt abgelehnt. Die EVP unterstützt die Zusammenarbeit in der Spitalplanung mit dem Kanton Basel-Landschaft. Damit sollen teure Doppelspurigkeiten vermieden werden. Neue Aufgaben in der Verwaltung dürfen nur gemeinsam mit dem Kanton Basel-Landschaft oder anderen Kantonen betrieben werden. Bestehende Amtsstellen wie Krisenstab, Veterinäramt, Berufsbildung, kantonale Labors sollten zusammengelegt werden. Dabei sollen der Standort und die Federführung sekundär sein, es müssen nicht alle Ämter ihren Sitz in Basel haben. Die Zusammenlegung der Ämter und Abteilungen in der kantonalen Verwaltung ist voranzutreiben; teure Stabsstellen können so reduziert werden. Die Anschaffung gemeinsamer IT-Lösungen kann auch Kosten reduzieren.



Pensionskasse: Altlasten abbauen und keine neuen schaffen

Die Pensionskasse des Staatspersonals ist momentan saniert, der Kanton schuldet der PK nichts mehr. Der Wechsel zum Beitragsprimat fand 2016 statt. Bei den aktuellen Niedrigzinsen ist es jedoch schwierig, die angestrebte Rendite von ca. 4 % auf den Guthaben zu realisieren, was die Kasse zu einer riskanteren Anlagestrategie zwingt. Eine erneute Sanierung der kantonalen PK ist zu vermeiden und die nachhaltige Ausfinanzierung der PK für den Kanton muss im Rahmen des ordentlichen Budgets berechenbar sein.

Schuldenbremse: Tafelsilber pflegen

Die Schuldenbremse ist nicht zu verschärfen, aber unbedingt einzuhalten.

Der Kanton Basel-Stadt besitzt Grundstücke und Liegenschaften im Wert von mehreren Milliarden Franken. Diese sollen nicht verkauft, sondern optimal bewirtschaftet werden, wobei eine gewisse Anzahl Liegenschaften als günstiger Wohnraum für Bedürftige, Familien und Betagte von der Rentabilitätsbetrachtung ausgenommen werden muss, dies als Beitrag zur Umsetzung der Wohninitiativen. Die BKB soll im Kantonsbesitz bleiben.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Ausgeglichener Staatshaushalt
- Einhaltung der Schuldenbremse gemäss der Kantonsverfassung
- Vereinfachung des Steuersystems und Steuerharmonisierung
- Konkurrenzfähiger Unternehmenssteuersatz und gesicherte Staatseinnahmen
- Senkung der Steuer- und Krankenkassenbelastung von Familien
- Langfristige Sicherung der Pensionskasse
- Abzug der Kirchensteuer vom steuerbaren Einkommen
- Effizienzsteigerung durch Zusammenlegen von Aufgaben, Abteilungen, Ämtern und IT-Lösungen

Stadtentwicklung – Raum- und Infrastrukturplanung – Wohnumfeld

Mit globalen Massstäben gemessen ist Basel eine Kleinstadt. Dennoch ist sie – kulturell, wirtschaftlich, verkehrstechnisch – ausgestattet mit Einrichtungen, die Vergleichen mit europäischen Grossstädten standhalten. Diese Qualitäten gilt es zu pflegen. Die räumliche Enge von Stadt und Kanton setzt jedoch Grenzen, die zu respektieren sind. Wird diese Forderung nicht erkannt und umgesetzt, droht Basel zu einem menschenfeindlichen Moloch zu werden.

Raum- und Infrastrukturplanung

Das Bestehende muss vermehrt in die Planung mit einbezogen werden. Attraktives Wohnen und verdichtetes Bauen ist in der Nähe des öffentlichen Verkehrs zu planen. Verdichtungen auf Kosten der Wohnlichkeit sind nicht akzeptabel, Umnutzungen sind zu fördern. Freiwerdende Messehallen können als Gewerbeparks dienen. Die Erstellung weiterer Hochhäuser ist durch eine Planung, die diesen Namen verdient, auf stadt- bildverträgliche Art zu steuern. Moderne Infrastrukturen, wie das Herzstück, werten die Stadt auf. Der Erhalt von historischen, identitätsstiftenden Bauten, wie z.B. Kirchen, ist nicht Privat- sondern auch Staatsaufgabe.

Wohnen in der Stadt

Die anwachsende Bevölkerung ruft nach neuem Wohnraum. Diese Forderung ist mit vorhandenen Strukturen und Erschliessungen oder bei freiwerdenden Flächen, wie beim ehemaligen Bahnareal zum Erlenmattquartier oder zukünftig beim Klybeck- und Rosentalareal, zu erfüllen, ohne die letzten Grünflächen anzutasten. Mit Anreizen soll zudem der Wohnraum besser genutzt werden.

Sichere Schulwege

Wichtiges Motiv für junge Familien, in der Stadt zu bleiben, sind kurze und sichere Schulwege. Die Schulraumplanung für Kindergärten und Grundschule hat darauf Rücksicht zu nehmen. Wo die Platzverhältnisse es erlauben, sind die Allmendflächen als Begegnungs- und Aufenthaltszonen auszugestalten.

Quartiere aufwerten

Quartiere bilden überschaubare Einheiten. Diese sicht- und erlebbar zu machen, bildet eine Aufgabe, die nicht allein den Quartiervereinen überlassen werden kann. Die staatliche Liegenschaftspolitik ist darauf auszurichten, die dezentrale Versorgung mit Gütern des täglichen Bedarfs sicherzustellen (Quartierläden). Diese müssen in Gehdistanz erreichbar sein.

Mir gänn Sorg zum Bebbi

Die durch den Arbeitsmarkt geforderte Mobilität sorgt für einen laufenden Austausch der Wohnbevölkerung. Umso mehr ist das Gemeinwesen darauf angewiesen, über ein „Stammpublikum“ zu verfügen, das sich als Träger von Traditionen und Hintergrundwissen mit dieser Stadt und ihren Institutionen identifiziert. Es darf nicht sein, dass gerade diese Bevölkerungsschicht, die der Stadt das Gepräge gibt, dieser den Rücken kehrt, sei es wegen unsicheren Schulwegen, gefährdeter Sicherheit, Unsauberkeit oder aus anderen Gründen. Quartiere sind aktiv zu durchmischen, um Verslumung und Parallelgesellschaften vorzubeugen. Es ist schön, wenn neu Zugezogene offiziell willkommen geheissen werden. Die Tatsache, dass weit mehr Baslerinnen und Basler aus der Stadt wegziehen als umgekehrt, ruft jedoch zu Massnahmen.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Attraktive Wohnungen beim öffentlichen Verkehr
- Aufwertung der Quartiere, gut geführte Quartiertreffpunkte
- Bessere Nutzung des vorhandenen Wohnraums
- Generationenübergreifende Gestaltung des Wohnumfeldes
- Anreize für den Verbleib der angestammten Bevölkerung im Kanton

Umwelt

Wir sehen die Erde als Teil der Schöpfung Gottes, welche uns anvertraut wurde. Unsere Verantwortung ist es, sorgsam mit dieser Welt umzugehen, so dass auch nächste Generationen gut in dieser Welt leben können. Heute verbrauchen wir mehr Ressourcen, als uns zustehen (ökologischer Fussabdruck). Wir wollen deshalb Energie effizient und sparsam nutzen, erneuerbare Energien fördern und uns für einen verantwortungsbewussten Lebensstil einsetzen. Bei Wirtschaft und Konsum müssen die Umweltkosten miteinbezogen werden. So werden gesunde Luft, sauberes Wasser, Naturlandschaften und damit die Lebensqualität geschützt und erhalten.

Klima und Energieverbrauch

Das globale Klima erwärmt sich schneller und stärker als bisher angenommen. Die Auswirkungen der Klimakrise sind weltweit spürbar – auch im Kanton Basel-Stadt.

Die Strategie zur rationellen Energienutzung und zur Förderung alternativer Energien muss energisch weitergeführt werden. Der Staat muss dabei eine führende Rolle einnehmen, sowohl bei den kantonseigenen Bauten als auch als Motivator bei Privaten. Energiesparendes Bauen und Renovieren muss weiterhin subventioniert werden. Forschung und Investitionen in die erneuerbare Energieproduktion, in die Energiespeicherung und in eine intelligente Verteilung müssen sich optimal ergänzen.

Nachhaltige Produktion und verantwortungsbewusster Konsum

Unsere Güter sollen nachhaltig produziert werden, mit einem möglichst effizienten Einsatz von Energie und Rohstoffen zu fairen Preisen. Konzerne, die im Kanton Steuern zahlen, sollen verantwortungsbewusst produzieren, auch im Ausland. Belastete Standorte müssen saniert, Altlasten abgebaut und die Finanzierung durch vorgezogene Entsorgungsgebühren gesichert werden. Die Luft- und Wasserqualität (Quellwasser und Flüsse) im Kanton sollen weiterhin hoch bleiben.

Verantwortungsbewusster Konsum liegt uns am Herzen. Wir bevorzugen lokale, saisonale und fair produzierte Produkte nach dem Leitsatz «Refuse, Reduce, Reuse, Repair, Recycle».



Naturschutz, Biodiversität und Raumplanung

Biodiversität ist lebenswichtig und hat deshalb die Förderung inner- wie ausserhalb des Siedlungsgebietes verdient. Nur mit der Erhaltung von Lebensräumen ist die Erhaltung oder Wiederansiedlung gefährdeter Tier- und Pflanzenarten möglich. Das öffentliche Grün, die Fruchtfolgen und die Waldwirtschaft sind den sich verändernden klimatischen Gegebenheiten anzupassen.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Rationelle Energienutzung und Förderung alternativer Energien
- Förderung von energie-effizienten Bauten und Renovationen
- Förderung von Photovoltaikanlagen im Kanton (Privathaushalte und Firmen)
- Schliessung von Stoffkreisläufen durch Pflicht zu Rücknahme und Ausbau des Recyclings (z.B. Plastik)
- Motivation von Grossisten, nachhaltigere Produkte anzubieten (verpackungsfrei, fair-trade, bio)
- Förderung von Reparaturwerkstätten (z.B. im Messegebäude)
- Förderung des lokalen Gewerbes und von landwirtschaftlichen Produkten in einer Kreislaufwirtschaft
- Verbesserte Kläranlagen für Herausfilterung von Mikroplastik und anderen Schadstoffen
- Forschung über die Folgen von Gen- und Nanotechnologie verstärken
- Verwendung von innovativer Technik, um z.B. das Luftreinhaltekonzept einzuhalten oder Mikroverunreinigungen im Abwasser zu vermeiden
- Förderung des öffentlichen Grüns und zusätzliche Pflanzung von trocken- und hitzeresistenten Bäumen gemäss Leitbild Strassenräume (Planungsamt BS) als Sofortmassnahme zur Verbesserung des Stadtklimas
- Konsequente Entsiegelung von (unnötig) asphaltierten Allmendflächen
- Vergrösserung der Baumrabatten zur Verbesserung der Lebensbedingungen der vorhandenen Stadtbäume
- Förderung von lokaler Kleinlandwirtschaft wie Urban Gardening/Agriculture
- Förderung von weiteren biodiversitätserhaltenden Massnahmen
- Schaffung der Stelle eines Wildhüters mit erweitertem Aufgabenportfolio, nicht nur für Riehen, sondern den ganzen Kanton
- Ausgewogene Nutzung des Waldes als Naherholungsgebiet für Menschen und als Lebensraum für Tiere

Verkehr

Unser öffentlicher Verkehr weist traditionsgemäss einen hohen Standard auf, in den letzten Jahren bekundet die BVB jedoch konstant Probleme, diesen zu erhalten. Die Nutzerzahlen sind rückläufig. Der motorisierte Verkehr wächst hingegen stärker. Klimawandel und Luftverschmutzung durch Feinstaub und Gase zeigen deutlich, dass er nicht nachhaltig ist. Die EVP setzt sich für eine Veränderung des Modalsplits zugunsten des öffentlichen Verkehrs ein und wendet sich gegen eine Kapazitätserhöhung des Strassennetzes. Dazu sind Ausbauten des öffentlichen Verkehrs unter finanzieller Beteiligung des Kantons vorzunehmen, die das Angebot erweitern wie auch flexibilisieren, indem z.B. weniger auf schienengebundene Fahrzeuge gesetzt und der ÖV mit umweltschonendem Individualverkehr wie selbstfahrenden Taxis verknüpft wird.

Die Strassen den Einwohnerinnen und Einwohnern

Mit dem Gegenvorschlag zur Initiative des Gewerbeverbandes hat sich die Bevölkerung dafür ausgesprochen, das motorisierte Verkehrsaufkommen nicht weiter wachsen zu lassen. Raum ist in unserem Kanton ein beschränktes und teures Gut. Der vorhandene städtische Strassenraum muss genügen und sorgsam genutzt werden. Deshalb soll der Bau neuer Strassen vermieden werden. Ebenfalls dient u.a. eine restriktive Parkplatzpolitik auf der Allmend diesem Ziel, denn jede Fahrt beginnt und endet auf einem Parkplatz. Die EVP begrüsst Pläne, die Erstellung von Parkplätzen auf Privatgrund zu fördern (z.B. in Einstellhallen), um Suchverkehr zu vermeiden. Zugleich dürfen nicht länger mehr Anwohnerparkkarten verkauft werden als Parkplätze vorhanden sind.

Der städtische Strassenraum gehört primär den Einwohnerinnen und Einwohnern. Um deren Lebensqualität zu sichern, muss die Menge des motorisierten Verkehrs, der von ausserhalb in die Stadt drängt oder durch die Stadt fährt, in Schranken gehalten werden. Bevor dazu in teure Infrastruktur investiert wird (z.B. durch den Ausbau des Hochleistungsstrassennetzes), sollten konsequent Alternativen geprüft werden, inwiefern durch Investition dieser Mittel in Konzepte (wirkungsvolle Verkehrslenkung; Konzepte zur besseren Auslastung von LKWs und Vermeidung von LKW-Leerfahrten, Car-Sharing usw.) die gewünschte Wirkung erzielt werden kann.

Die Schaffung von Begegnungsstrassen ist systematisch fortzuführen. Bei Umbauprojekten ist auch eine Kinderverträglichkeitsprüfung durchzuführen. Im ganzen Stadtgebiet sollen die Fussgänger in den für sie vorgesehenen Bewegungsräumen besser geschützt werden.



Nachholbedarf besteht weiterhin bei der Förderung des Veloverkehrs und der Fussgängersicherheit. Insbesondere sollen genügend Veloparkplätze sowie sichere Verkehrswege – auch durch geeignete bauliche Massnahmen – für den Velo- und Fussverkehr gefördert werden.

Öffentlicher Verkehr soll ausgebaut werden

Die Qualität des öffentlichen Verkehrs ist nicht nur für die Umwelt bedeutsam, sondern auch ein zentraler Erfolgsfaktor im Standortwettbewerb. Deshalb sollen die Steuerfranken grundsätzlich für ein optimales Angebot eingesetzt werden, wie zum Beispiel eine Fahrplanverdichtung der Regio-S-Bahn.

Einen Quantensprung lässt das "Herzstück" der Regio-S-Bahn erwarten. Es behebt nicht nur die Nachteile der peripheren Lage der Basler Bahnhöfe und schliesst das Stadtzentrum an die Bahn an, sondern bringt neben erheblichen Fahrzeitgewinnen auch einen rationelleren und somit kostengünstigeren Betrieb. Es muss konsequent dafür gekämpft werden, dass mit den 2019 in National- und Ständerat, im Rahmen von STEP 2035, bewilligten Projektierungskosten für die Durchmesserlinie von 100 Millionen Franken dieses Projekt nun konkret angegangen und umgesetzt wird. Die funktionslos gewordene Hauptpost eignet sich wegen ihrer zentralen Lage hervorragend als Bahnstation für das Herzstück.

Für die Bevölkerung bleibt das Tram jedoch die wichtigste und unverzichtbare Verbindung in die Innerstadt. Diesem Umstand ist beim Ausbau des Tramnetzes Rechnung zu tragen.

Dafür setzt sich die EVP ein

- Bau des Regio-S-Bahn-Herzstücks
- Bau des Wisenberg-Eisenbahntunnels
- Kantonale Vorfinanzierung von Eisenbahn-Grossprojekten
- Schaffung von weiteren Begegnungsstrassen
- Ausbau des Velonetzes, sichere Verkehrswege für Fussgänger
- Sichere Schulwege für Kinder